SEITE 1 | MONTAG 25. JANUAR 2021

„Mehr entsiegeln als bebauen“

Nabu-Chef erläutert Bremer Weg

VON ANKE VELTEN

Findorff. Mit Wohlwollen nahmen die Mitglieder des Findorffer Fachausschusses für Bau, Klima, Umwelt und Verkehr den Bremer Weg des Nabu-Landesverbands zur Kenntnis. Nabu-Geschäftsführer Sönke Hofmann stellte die zehn Forderungen vor und erläuterte, wie der Artenverlust in der Stadt aufgehalten werden kann. In dieser Hinsicht sei keineswegs nur die Landwirtschaft gefragt, so Hofmann. „Wir können die Städte nicht außen vor lassen.“ Ein konkretes Projekt hatten die Ausschussmitglieder bereits im Sinn: Beim Thema Entsiegelung und ökologische Bepflanzung könnte man auf dem Findorffmarkt beginnen.

„Zehn Schritte zur lebendigen Stadt“ lautet der Name des Papiers, das der Nabu kürzlich zur öffentlichen Diskussion stellte. Die öffentliche Hand solle dafür ihrer Vorbildfunktion gerecht werden, heißt es darin. Dem, so Hofmann, „größten Artensterben seit dem Urknall“ will der Nabu unter anderem ein Verbot des Einsatzes von Pestiziden entgegensetzen. Weiter ist Stadt aufgefordert, bei der Bepflanzung von öffentlichen Grünanlagen und an den Straßen grundsätzlich heimische und möglichst gebietseigene Pflanzen einzusetzen. Klimaangepasste, aber exotische Baumarten „bringen in der Artenkrise kein Stück weiter“, so Hofmann. Bei der Pflege der Anlagen plädiert der Nabu für mehr Zurückhaltung.

Versiegelungsabgabe angeregt

Öffentliche Gebäude sollen nach Ansicht des Nabu mit Gründächern, Fassadenbegrünungen und der Errichtung von Nisthilfen zu „Lebensräumen“ hergerichtet werden. Die freiwillige private Motivation solle über Förderprogramme für Begrünungen, Entsiegelung und neue Gewässer gesteigert werden. Zudem solle mehr in die Umweltbildung der Bevölkerung investiert werden. Diese Ausgaben könnten unter anderem über eine „Versiegelungsabgabe“ refinanziert werden, für die sich der Nabu nach Quadratmetern bemessene Abgaben für überbaute und befestigte Flächen vorstellt. Die Stadt müsse mutig sein und den Flächenverbrauch beenden, so Hofmann. Ziel müsse sein, in dieser Legislaturperiode den Flächenneuverbrauch auf Netto-Null zu senken und ab 2030 mehr zu entsiegeln als neu zu bebauen.

Entsiegelung und naturnahe Bepflanzung könnten auch bei einer Neugestaltung des Findorffmarkts berücksichtigt werden. Diese wird bereits seit Jahren vom Beirat gefordert, hieß es seitens der Ausschussmitglieder.